

**WOHNEN**  
**IST**

**MENSCHEN-  
RECHT.**

Die Wohnungsnot ist eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen und die politisch Verantwortlichen sind zum Handeln aufgefordert. **Wohnen ist ein fundamentales Menschenrecht** und sollte als solches in der Verfassung verankert werden.

In den letzten Jahren hat sich wohnungspolitisch einiges bewegt: Die Bundesregierung hat den **Nationalen Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit (NAP W)** auf den Weg gebracht.

**ABER:**

Vieles ist zu vage, die Schritte sind zu zögerlich und die **Maßnahmen greifen häufig zu kurz**. Besonders für die Menschen, die von Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit akut betroffen sind, braucht es gezieltere Maßnahmen, strukturelle Lösungen und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt einen Fokus auf soziale Gerechtigkeit.



**Bundesarbeitsgemeinschaft  
Wohnungslosenhilfe e. V.**

Waidmannsluster Damm 37  
13509 Berlin  
+49 30 2844537-0  
info@bagw.de

✕ @bagw  
f @bagwohnungslosenhilfe  
@ @bag\_wohnungslosenhilfe

**POLITIK**

**IN DIE  
PFLICHT**

**NEHMEN.**

**WOHNUNGS-  
NOT**

**BEEENDEN.**



BAG Wohnungslosenhilfe e.V.

bagw.de



# UNSER

## FÜNF-PUNKTE-

## PLAN

### GEGEN

## WOHNUNGS-

## LOSIGKEIT.

### 2

#### WOHNEN MÖGLICH MACHEN -

#### INSTRUMENTE WIRKUNGSVOLL

#### GESTALTEN

Sowohl die **Mietpreisbremse** als auch die **Schonfristzahlung** sind **sinnvolle Instrumente** zur Prävention von Wohnungsverlusten. Deshalb dürfen sie nicht durch Ausnahmen, Umgehungsmöglichkeiten oder eine Härtefallregelung wirkungsschwach gemacht werden. Die **Mietpreisbremse** erlaubt Ausnahmen und Schlupflöcher. Da sie nur bei Wieder- oder Neuvermietung greift, bleiben Bestandsmieten und deren Erhöhungen sowie Indexmietverträge unberührt. Die **Schonfristzahlung** ist so zu regeln, dass sie in jedem Fall auch eine ordentliche Kündigung abwendet. Die Entwicklungen am Wohnungsmarkt bedrohen viele Menschen in ihrem Grundrecht auf Wohnen, deshalb müssen beide Instrumente vollumfänglich genutzt werden.

### 4

#### HALTUNG ZEIGEN -

#### GEGEN STIGMATISIERUNG,

#### STRUKTURELLE LÖSUNGEN

#### ANBIETEN

Noch immer wird Wohnungslosigkeit als **persönliches Scheitern betrachtet** – dabei sind es vor allem **strukturelle Ursachen** wie fehlender bezahlbarer Wohnraum, Armut, gesundheitliche Versorgungslücken oder diskriminierende Zugangsbarrieren, die Menschen in Wohnungslosigkeit führen. Die Stigmatisierung erschwert nicht nur die gesellschaftliche Teilhabe, sondern auch den Zugang zu Hilfen. Dem ist entschieden entgegenzutreten, denn **diese Stigmatisierung lenkt vom politischen Handlungsauftrag ab.**

### 1

#### WOHNRAUM SCHAFFEN -

#### ORIENTIERT AM BEDARF

Der geplante § 246e BauGB sieht Erleichterungen beim Wohnungsneubau vor. **Es fehlen aber verbindliche Vorgaben für sozialen Wohnraum.** Das birgt die Gefahr, dass vor allem Investoren profitieren, die teure, renditestarke Wohnungen errichten. Ohne **soziale Leitplanken** wie Baukostenbegrenzungen, Mietobergrenzen, Quoten für sozialen Wohnungsbau und Wohnungskontingente für wohnungslose Menschen entsteht Wohnraum, **der nicht für alle Menschen zur Verfügung steht.** Gleichzeitig muss auch das Klima- und **sozialgerechte Bauen im Bestand** stärker in den Fokus rücken – als Notwendigkeit für eine nachhaltige und gerechte Wohnraumentwicklung.

### 3

#### WOHNUNGSLOSIGKEIT

#### BIS 2030 ÜBERWINDEN -

#### ZIEL IM BLICK BEHALTEN

Im Koalitionsvertrag heißt es: „Der Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit wird umgesetzt“. Doch bislang hat sich aus den **festgelegten Maßnahmen wenig Konkretes entwickelt.** Um das ambitionierte Ziel zu erreichen, Wohnungslosigkeit bis 2030 zu überwinden, ist eine ressortübergreifende Zusammenarbeit erforderlich. Sie ist über alle staatlichen Ebenen hinweg zu koordinieren. **Die Umsetzung des NAP W muss Priorität haben:** mit konkreten Zuständigkeiten, ausreichend finanziellen Ressourcen, verbindlichen Umsetzungsstrukturen und einem klaren Fahrplan.

### 5

#### PERSPEKTIVEN ERÖFFNEN -

#### MENSCHENWÜRDIGKEIT IN DEN

#### MITTELPUNKT STELLEN

Wohnungslosigkeit darf gar nicht erst entstehen. **Deshalb müssen die Fachstellen zur Verhinderung von Wohnungsverlusten bundesweit ausgebaut werden.** Wenn es zu Wohnungsverlusten kommt und kein adäquater Wohnraum zur Verfügung steht, muss **menschenwürdige Unterbringung** garantiert werden. Dazu zählen unter anderem Einzelzimmer, 24/7-Unterkünfte für alle Menschen, unabhängig von ihrer Nationalität, sowie ein niedrigschwelliger Zugang zu weiterführender Beratung. Zur Behebung von Wohnungslosigkeit braucht es ein **dichtes Netz von Hilfeangeboten nach §§ 67 ff. SGB XII.**